

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias Höhn, Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/26307 –**

Atomare Abrüstung voranbringen – Überprüfungskonferenz zum Erfolg führen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion beobachtet seit Jahren eine schleichende Erosion der Regelungen der internationalen nuklearen Rüstungskontrolle, die sie als besorgniserregend und als eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben weltweit einstuft. Sie fordert daher die Bundesregierung u. a. auf, 1. zum Gelingen der Überprüfungskonferenz zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag beizutragen, indem sie sich deutlich für das Ziel des Abkommens einsetzt, eine atomwaffenfreie Welt durch die vollständige Abrüstung der Arsenale der Atomwaffenstaaten zu erreichen; 2. sich gegen die Logik der nuklearen Abschreckung auszusprechen und anzuerkennen, dass Atomwaffen den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts widersprechen und deswegen abgelehnt werden müssen; 3. ihr Festhalten an der nuklearen Teilhabe Deutschlands zu beenden; 4. sich international und insbesondere im Rahmen der NATO gegen Modernisierung, Erweiterung und Aufstockung von nuklearen Arsenalen einzusetzen; 5. den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen; 6. sich dafür einzusetzen, dass die USA und Russland das New-START-Abkommen verlängern; 7. sich im Rahmen der E3 gemeinsam mit China und Russland mit Hochdruck dafür einzusetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm (JCPoA) zu retten und die USA zur Beendigung der Sanktionen und zur Rückkehr in den JCPoA zu bewegen; 8. die zukünftig jährlich stattfindende VN-Konferenz für den Aufbau einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten aktiv zu unterstützen; 9. dafür einzutreten, dass die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls der Internationalen Atomenergiebehörde für alle Vertragsparteien des Nichtverbreitungsvertrages zur Verpflichtung wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26307 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Grübel
Berichterstatter

Aydan Özoğuz
Berichterstatterin

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Dr. Gregor Gysi
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Markus Grübel, Aydan Özoğuz, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Dr. Gregor Gysi und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/26307** in seiner 210. Sitzung am 12. Februar 2021 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion beobachtet seit Jahren eine schleichende Erosion der Regelungen der internationalen nuklearen Rüstungskontrolle, die sie als besorgniserregend und als eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben weltweit einstuft. Sie fordert daher die Bundesregierung u. a. auf, 1. zum Gelingen der Überprüfungskonferenz zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag beizutragen, indem sie sich deutlich für das Ziel des Abkommens einsetzt, eine atomwaffenfreie Welt durch die vollständige Abrüstung der Arsenale der Atomwaffenstaaten zu erreichen; 2. sich gegen die Logik der nuklearen Abschreckung auszusprechen und anzuerkennen, dass Atomwaffen den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts widersprechen und deswegen abgelehnt werden müssen; 3. ihr Festhalten an der nuklearen Teilhabe Deutschlands zu beenden; 4. sich international und insbesondere im Rahmen der NATO gegen Modernisierung, Erweiterung und Aufstockung von nuklearen Arsenalen einzusetzen; 5. den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen; 6. sich dafür einzusetzen, dass die USA und Russland das New-START-Abkommen verlängern; 7. sich im Rahmen der E3 gemeinsam mit China und Russland mit Hochdruck dafür einzusetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm (JCPoA) zu retten und die USA zur Beendigung der Sanktionen und zur Rückkehr in den JCPoA zu bewegen; 8. die zukünftig jährlich stattfindende VN-Konferenz für den Aufbau einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten aktiv zu unterstützen; 9. dafür einzutreten, dass die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls der Internationalen Atomenergiebehörde für alle Vertragsparteien des Nichtverbreitungsvertrages zur Verpflichtung wird.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26307 in seiner 91. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/26307 in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 19. Mai 2021

Markus Grübel
Berichtersteller

Aydan Özoğuz
Berichterstellerin

Armin-Paulus Hampel
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Dr. Gregor Gysi
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller